

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

148. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 28. Mai 2008

Antrag 1

EU-Reformvertrag

Die AK Wien fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die gravierendsten Nachteile im EU-Reformvertrag nachgebessert werden.

Durch die Unterschrift des EU-Reformvertrages (der eigentlich eine EU-Verfassung neu ist) hat die Regierung in wichtigen Bereichen kein Mitspracherecht mehr. Da es kein Veto-Recht für die Staaten mehr gibt, können durch Mehrheitsentscheidungen einzelnen Staaten Dinge aufgezwungen werden, die ihre existentiellen Interessen beschneiden. So könnte z.B. in Österreich die Gentechnologie eingeführt werden, Atomkraftwerke könnten uns durch die EU vorgeschrieben werden, wir könnten die Souveränität über unser Trinkwasser verlieren, und die Neutralität ist - wenn überhaupt noch vorhanden - mehr als gefährdet.

Österreich kann in lebenswichtigen Dingen nicht mehr selbst bestimmen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, Nachverhandlungen zum Vertrag zu beginnen, damit bei lebenswichtigen Interessen eines Landes wieder ein Veto-Recht für dieses Land gilt.